



zustande käme, bedürfte es dann nur noch der Zustimmung des dritten Gelehrtenkörpers, des Königs. Für verfassungsgemäße Gelehrte dagegen bestimmt der Artikel 107 der Verfassungsurkunde, daß die Berufung zwar auf dem „ordentlichen Wege der Gelehrten“ abgesehen werden könne, also mit der gewöhnlichen absoluten Stimmenmehrheit in beiden Häusern, daß es insbesondere dem Reichsrath „zwei Abstimlungen, zwischen welchen ein Zeitraum von wenigstens 21 Tagen liegen muß“, gefordert werden. In dieser Bestimmung der Berufung ist der Weg, den solche Berufungsgesuche zu gehen haben, nicht mit Sicherheit vorgezeichnet. Wenn Möglichkeiten wären denkbar, die den Weg der ersten Abstimmlung im Abgeordnetenhaus geht die Vorlage aus Herrenhaus. Tritt das Herrenhaus den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses bei, so rechnet man da ab die einundzwanzigtägige Frist bis zur zweiten Abstimmlung des Abgeordnetenhauses, der darauf als letzte Abstimmlung die zweite des Herrenhauses alsdann folgen könnte. Der Gang wäre also hier: Abgeordnetenhause, Herrenhaus; noch einundzwanzig Tagen wiederum Abgeordnetenhause, Herrenhaus.

2. Tede Kammer hat nur für ihre beiden Abstimlungen die Mindestfrist von 21 Tagen einzuhalten. Die Wahlrechtsvorlage würde also jetzt im Abgeordnetenhaus nach mindestens 21 Tagen zum zweiten Male zur Abstimmlung gestellt werden. Wenn der Reichsrath die Abstimlung nicht zugleich als Herrenhaus geben, dessen erste Abstimlung also noch vor die zweite des Abgeordnetenhauses fallen könnte. In diesem Falle befände also ein Nebeneinander der Beratungen, das bei der Fassung abweichender Beschlüsse bei den ersten und zweiten Beratungen einerseits und zwischen Abgeordnetenhause und Herrenhaus andererseits einen solchen Wirrwarr von unvereinbaren Beschlüssen herbeizuführen vermöchte, daß die Beratungen in ihrem Sinn und Her zu einer Schraube ohne Ende zu werden drohten. Diese beiden Auslegungen sind denn auch bisher nicht von der Praxis gebilligt worden. Insbesondere hat die zweite Meinung eine gut begründete Ablehnung erfahren in einem Schreiben des Staatsministeriums vom 10. April 1897. Das Staatsministerium verweist namentlich auf den Artikel 64 der Verfassungsurkunde, monach Gelehrtenvorläge, die durch eines der beiden Häuser des Landtags verworfen worden sind, in derselben Sitzungperiode nicht wieder vorgebracht werden dürfen. Da aber erst nach der endgültigen Beschlußfassung die Gelehrtenbesche, ob die betreffende Vorlage für das andere Haus einen in derselben Session überhaup nicht zulässigen Beratungsgegenstand bilde, so folgere daraus das Staatsministerium, daß dieses Nebeneinander der Beratung zugleich im Herrenhaus und Abgeordnetenhause nicht verfassungsgemäß sei.

Die 3. Meinung stellt eine Art Vereinigung der ersten mit der zweiten dar. Aus der ersten Meinung entnimmt sie das Anknüpfen der Beratungen, aus der zweiten die Beratung der einundzwanzigtägigen Frist für die beiden Abstimlungen innerhalb desselben Hauses. Danach hat also zunächst die vorgeschriebene zweite Abstimlung nach mindestens 21 Tagen im Abgeordnetenhaus zu erfolgen, und die Vorlage könnte erst ans Herrenhaus gelangen, wenn auch diese zweite Abstimlung wiederum eine absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus genau für die Beschlüsse der ersten Abstimlung ergeben haben wird. Wie das Abgeordnetenhause im vorliegenden Falle darüber denkt, ist uns nicht bekannt. Aus seinem Beschlusse vom 8. März, die verfassungsmäßig vorgeschriebene zweite Abstimlung am 12. April folgen zu lassen, ist nicht zu entnehmen, ob die Vorlage erst nach dem 12. April oder schon jetzt ans Herrenhaus gehen soll. Wir nehmen aber das letztere an, da vermuthlich das Abgeordnetenhause von dem Boden jenes Staatsministeriums Schreitens nicht ohne weiteres zurückweichen wollen. Die Behandlung bei der bestehenden zweiten Abstimlung ist in den Geschäftsordnungen der beiden Häuser festgelegt. Nach § 19 der Geschäftsordnung für das Abgeordnetenhause wird sich diese Abstimlung in den Formen einer dritten Beratung bewegen.

### Eine Rede des Abg. Delius.

(Eigene Meldung.)

22. Berlin, 18. März.  
Einer Einladung des fortschrittlichen Wahlvereins „Straauer Vorstadt-Berlin“ entsprechend hielt Landtagsabg. Delius in einer öffentlichen Versammlung einen Vortrag über das Thema „Beamte und Bürgergesellschaft“. Seine einleitenden, von lebhaften Zustimmung begleiteten Ausführungen erstreckten am Schluß stürmischen Beifall. Der Leiter der Versammlung, Rechtsanwalt Bachmann, sowie einige Diskussionsredner erklärten ihr volles Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten.

Auf allgemeines Verlangen behandelte der Abgeordnete die Begebenheiten im Abgeordnetenhause bei der dritten Beratung der Wahlvorlage. Die Stellung der fortgeschrittenen Volkspartei fand einstimmigen Beifall.

### Protestveranstaltungen.

# Aus Kiel wird gemeldet: Die gestern einberufenen Protestveranstaltungen, die von über 6000 Personen besucht waren, beschäftigten sich mit den Maßnahmen der Polizei am letzten Dienstage, die gegen die Resolutionen angenommen, die das Borgehen der Polizei und namentlich der Kriminalbeamten auf das schärfste verurtheilt. Beschwerden sollen an den Minister des Innern und an den Landtag gerichtet werden. Die Veranstaltungen verliefen ruhig. Nach Schluß der Versammlungen gingen die Teilnehmer ruhig auseinander. Eine für heute nachmittags einberufene Versammlung unter freiem Himmel wurde vom Polizeipräsidenten nicht gestattet.

### Eine Friedensrede des Grafen Wolff-Metternich.

(Meldung von Louis Hirsch's Depeschsbureau.)  
H. London, 18. März.  
Der deutsche Botschafter hielt gestern abend vor der internationalen Schiedsgerichtsstiftung eine Rede, in welcher er erklärte, die Beziehungen zwischen England und Deutschland seien sich in letzter Zeit besser zu stellen. Die Aeberrationen, die im Geiste

mancher Engländer Wurzel gefaßt hätten, beginnen zu verblasen, und deren Einfaltigkeit offenbar sich den Engländern immer mehr. Keine der Befürchtungen, die man gegenüber Deutschland hegte, haben sich verwirklicht, und man beginnt sich zu fragen, ob man den solchen Behauptungen nicht zu leicht Glauben geschenkt habe. Es ist sicher, daß weder auf der einen noch auf der anderen Seite ein Konflikt gewinnhaft werde und die Aussichten auf einen solchen Konflikt sind erfreulicherweise sehr gering.

### Der kleine Kreuzer in Deutschland und auswärts.

Das englische Flottenbauprogramm für das kommende Jahr umfaßt u. a. fünf kleine geschützte Kreuzer. Berücksichtigt man, daß im vergangenen Jahre sechs solcher Fahrzeuge bemittelt worden sind, so ist klar, daß die englische Admiralität auf den geschützten Kreuzer keinen Displacement einen ganz außerordentlichen Wert legt, und nach unserer Meinung sicher mit Recht. Demgegenüber ist die Meinung der Admirals, daran zu erinnern, daß der deutschen Marineverwaltung verhältnißmäßig der Vorzug gemacht wurde, sie lege zu großen Wert auf den Bau kleiner geschützter Kreuzer, denn diese stellen eine jetzt oder demnächst durch die Fortschritte der Technik überwindene Klasse dar. Wie unrichtig diese Anschauung ist, zeigt das englische Vorgehen. Selbst kann eine Macht wie England mit ihren großen Heerflotten in wenigen Jahren eine große Anzahl solcher Fahrzeuge bauen, aber es hat gleichwohl Erfahrungen und Verluste damit zu machen, um den richtigen Typ zu finden. Wir besitzen beides, und angeht es der beschränkten Mittel wäre es ausgefallen gewesen, einen angemessenen und zugleich quantitätsoberhebenden Bestand an kleinen Kreuzern zu schaffen, wenn die deutsche Marineverwaltung nicht von Anfang an selbständig und unbeeinträchtigt durch das Ausland ihren Weg verfolgt hätte.

### Parlamentarisches.

Die bayerische Abgeordnetenkammer hatte vor einigen Tagen das Weltauffahrtsgesetz nach den Beschlüssen der Kammer der Reichsrath, jedoch unter vollständiger Wiederherstellung der Königenerweiterungsbestimmungen in Artikel 5, angenommen. Am Donnerstag hat nun die Kammer der Reichsrath diese Beschlüsse der Abgeordnetenkammer zugestimmt. Damit ist das Gesetz gefaßt, und seine Wirksamkeit dürfte sich bereits in nächster Zeit durch eine Erhöhung des Bierpreises um zwei Pfennige pro Liter bemerkbar machen.

### Parteinachrichten.

L. C. Wie die Konservativen in Ostböhmen arbeiten, um Mitglieder und Vertrauensmänner zu gewinnen, dafür erzählen wir eine charakteristische Episode aus Pilsen nach in Schöffen. Das nachherige Jüdische des hiesigen Königstreuen (recte Konfessionellen) Wahlvereins ging kürzlich allen dortigen in politischen Vereinen zu, beispielsweise der Schützenhilfe, diversen Gesangsvereinen, dem Berufsverein der Deutschen Handlungsgelassen usw. Es lautet:

„An den Vorstand... Hier, sehr geehrter Herr! Sie würden uns zu Dank verbinden, wenn Sie uns Ihren Vereinstreuen Männer namhaft machen, die wir zu Mitgliedern und vielleicht auch zu Vertrauensmännern der hiesigen Ortsgruppe des Königstreuen Wahlvereins werden könnten, oder wenn Sie uns Abschrift Ihrer Vereinstreueberichte oder letztere zur Abschrittnahme zukommen lassen. Hochachtungsvoll Der Vorstand der Ortsgruppe Reichsbach in Schöffen des Königstreuen Wahlvereins gez. Sch. H.“

Natürlich ist dem Unterzeichner dieses famosen Zirkulars, der in seiner Hauptstellung Postdirektor in Reichsbach ist, von fast allen Vereinen an die Hand geworfen worden. Die Entrüstung der Bürger über eine derartige Zumutung seitens der Konservativen ist erfreulichweise groß. Ferner fand Jüngling in Reichsbach eine Generalversammlung des Königstreuen Wahlvereins statt und im Anschluß daran eine Rekrutenschutztagfeier. Hierzu wurde die Mitgliedschaft des Männerturnvereins und des Gesangsvereins „Arión“ erbeten und leider auch bewilligt. Beide Vereine gehören zum Deutschen Turnverein resp. zum Deutschen Sängerverein, die beide in ihren Satzungen ausdrücklich politische Neutralität vorschreiben. Leider ist der Vorleser des betreffenden Turnvereins zugleich Schriftführer des Königstreuen Wahlvereins! Auch in diesen Vereinen ist von diversen Mitgliedern, die den Konservativen nicht heeresfolge leisten wollen, Protest gegen einen derartigen Mißbrauch neutraler Vereine eingeleitet worden, und es sind auch schon verschiedene Mitglieder aus den Vereinen wegen dieses Vorfalls ausgeschlossen. So suchen sich die Konservativen in Ostböhmen alles für ihre Zwecke dienliche zu machen, und sie haben hierbei leider vielfach Erfolg!

### Heer und Flotte.

Eine Feld-Mannschaftsordnung ist vom Kaiser genehmigt worden, welche die Feld-Mannschaftsordnung vom 30. März 1901 mit Ausnahme des Anhangs zu dieser außer Kraft setzt. — Die Informationsvorsorge für Generale bei der Infanterieinspektion finden in diesem Jahre in der Zeit vom 20. bis 29. Juni statt. Zu diesem fünf 9 preussische Generale und je ein sächsischer und württembergischer General kommandirt werden.

### Kleine politische Nachrichten.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurde dem Entwurf eines Gesetzes für Elbst-Verordnungen wegen Aenderung verschiedener Zuständigkeiten die Zustimmung erteilt. Die Betriebsmaßnahmen der preussisch-sächsischen Staatsbahn haben im Februar 1901 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres im Personenverkehr 4 Millionen Fahrten = 13,02 v. H., im Güterverkehr 6,3 Millionen = 6,63 v. H. mehr, insgesamt nach Abzug einer geringen Abnahme aus sonstigen Quellen 10,2 Millionen Fahrten = 7,40 v. H. mehr betragen.  
Zur Reichsverwaltungsgesetzgebung.  
Der Entwurf am 18. März dem Reichstage zugegangen ist, wird der Bund der Industriellen in seiner Gesamtsitzungsabstimmung vom 4. April erneut Stellung nehmen. Die Bericht-

erstattung über den Entwurf hat Reichstagspräsident von Saldern, Gener. Vorleser des Verbandes Thüringischer Betriebsräthe, Klassen- und Vorstandsmittglied des Verbandes Thüringischer Industrieller, übernommen. Reichstagspräsident hat bereits auf der letzten Generalversammlung des Bundes der Industriellen über den damaligen vorläufigen Entwurf der Reichsverwaltungsgesetzgebung einen Bericht erstattet, der nicht beachtet worden ist. — Der für diese Industrielle sehr wichtigen, umfangreichen Entwurf der Reichsverwaltungsgesetzgebung (Zabenspre 7 Nr.) Gemittelt die Geschäftsstelle des Bundes der Industriellen an Mitgliedsfirmen zu dem ermäßigten Preise von 6,50 Mk.

Zur Beratung des Hausvertrages  
veranlaßt der Bund der Industriellen am 5. April in Berlin eine Besprechung von Industriellen, Reichstagsabgeordneten und Regierungsvertretern. Die Besprechung wird voraussichtlich in einem Saale des Reichstagsgebäudes stattfinden. Den ersten Bericht wird Kommerzienrat M. g. Söhnig i. G. a. erstaten. Die Einladungen ergeben unter Mitwirkung des Verbandes Sächsischer, Thüringischer Industrieller usw. an die Kreisverbände der verschiedenen hausindustriellen Bezirke. Durch die Besprechung wird den Kommissionsmitgliedern des Reichstages, die gegenwärtig den Gesetzentwurf beraten, hoffentlich ein genaues Bild von der Auffassung und den Wünschen der Industrie zu dem Gesetzentwurf vermittelt.

Der Zentralverband deutscher Industrieller und die sozialpolitischen Gesetzentwürfe.  
Zu den wichtigsten dem Reichstage zugegangenen sozialpolitischen Gesetzentwürfen wird der Zentralverband deutscher Industrieller in seiner am 12. April d. J. zu Berlin stattfindenden Delegiertenversammlung Stellung nehmen.

Die kleine belgisch-preussische Grenzortsgemeinde Neutral-Moresnet, die zum Teil preussisch, zum Teil belgisches Gebiet ist, soll in aller nächster Zeit vollkommen belgisches Territorium werden. Die dreitausend Bewohner sollen sich mit einer Majorität von neunzig Prozent für die Annexion durch Belgien ausgesprochen haben. Das Äquivalent für diese Gebietsabtretung an Belgien soll in territorialen Konzessionen an der ostafrikanischen Grenze bestehen. Bis jetzt ist aber noch keine Einigkeit über die Regelung der Kongogrenze zwischen den beteiligten Mächten, England, Deutschland und Belgien herbeigeführt worden. Die internationale Grenzkommission, die nach einer Unterbrechung von mehreren Wochen in Brüssel ihre Arbeiten wieder aufgenommen hatte, ist nur einen Tag zusammengekommen und hat sich dann wieder verlagert.

### Sol- und Personalnachrichten.

\* Halbamtlich wird jetzt bestätigt, daß der deutsche Gesandte Graf Fendel von Donnersmarck in Kopenhagen auf sein Ansuchen von seinem Posten abberufen worden ist. Der Kaiser hat dem Gesandten aus diesem Anlaß in Anerkennung von ihm geleisteten Dienste den Charakter als Wirklicher Geheimrat mit dem Prädikat „Ezellenz“ verliehen.  
\* Herr v. Grotow, der neue deutsche Gesandte in Belgien, wird morgen Brüssel wieder verlassen, um den Reichsanwalt von Behrmann in Hannover auf seiner Reise zu begleiten.

\* Die Gerichte, die schon seit längerer Zeit von einer Abberufung des sächsischen Generals Linz nach in seinem Berliner Schulamtsposten den 2. von 1901—1902 zum ersten Male und dann seit dem 27. März 1900 zum zweiten Male befreit, müssen wollen, haben jetzt ihre Befähigung erhalten. Der Gesandte ist zum Präsidenten des sächsischen Kriegsministeriums an Stelle des wegen Krankheit zurückgetretenen Ministers Reichling ernannt worden. Der Wegzug dieses vortrefflichen und beliebten Diplomaten von Berlin, der bekanntlich die deutsche Sprache und ganz besonders das Idiom des ersten Sprechanerbers mit großer Meisterschaft beherrscht, wird allgemein bedauert.

### Ausland.

#### Zunahme der Analphabeten in Frankreich.

pr. Die Statistiken über den Schulbesuch in Frankreich haben in den letzten Jahren deutlich herabsetzen lassen, daß die Zahl der Kinder, welche ohne Schulunterricht aufwachsen, im Steigen begriffen ist. Man war jedoch der Meinung, daß dies nur eine vorübergehende Erscheinung sei. Nachdem jedoch nunmehr die Statistik über den Schulbesuch des Jahres 1907/1908 erneut das Anwachsen der Analphabeten nachgewiesen hat, beschließt man sich jetzt mit Vorbehalt, wie diesem Uebel zu wehren ist. Der letzte statistische Ausweis zeigt, daß 4 416 000 Kinder die Schule eigentlich besuchen können. In Wirklichkeit sind aber nur 3 603 000 schulpflichtige Kinder in die Register eingetragen und zur Schule geschickt worden. Es sind demnach 813 000 Schüler ausgeblieben, wozu noch 111 000 Kinder französischer Unterthanen kommen, die im Ausland leben, ohne dort Schulunterricht zu erhalten. Wenn auch diese rund 1 000 000 Kinder nicht alle Analphabeten zu werden brauchen, so liegt dennoch in dieser großen Zahl Schülerner eine Gefahr für das geistige Niveau Frankreichs, der man in armen Gegenden, die die größte Zahl Schülerner aufweisen haben, dadurch zu begegnen suchen wird, daß man als „Lohn“ für den Schulbesuch die Kinder teilweise für den halben Tag des Unterrichts befreitigen wird.

#### Iszolskis Glück und Ende.

Petersburg, 18. März. Wie von wohlinformierten Seiten verlautet, ist der Minister des Aeußeren, Herr v. Iszolski, zum Vorkauser in Berlin ernannt worden.

v. Wien und Petersburg beginnen sich zu nähern. Im Interesse internationalen Geschäftsverkehrs ist diese Tatsache nur zu begrüßen, denn wenn zwei Großmächte, die an aktuellen politischen Fragen auf das schärfste interessiert sind, sich gegenseitig vollständig ignorieren, wie es infolge der vorjährigen Balkanordnung lange Zeit zwischen Oesterreich und Rußland der Fall war, so erschwert eine solche Aeberration naturgemäß auch das diplomatische Leben der übrigen Staaten. Das scheint jetzt verlässliche Leute in der Duma neuerdings recht kräftig auf das Gefährliche eines solchen Zustandes hingewiesen hat, der um so bedenklicher ist, als es sich um den Wetterwind, Balkan genannt, handelt.

Schuld an dieser Verfehlung der Dinge war der russische Minister des Aeußeren, Herr v. Iszolski, wohl der ungeschickte Diplomat, dem Rußland seit dem seligen Kaiser Nikolaus I. besessen hat. Wir wissen, daß er Rußland vor nicht allzu langer Zeit fast in einen neuen Krieg gestürzt hätte, der dem Aarenreich zweifellos noch sehr

hängnisvoller geworden wäre, als der russisch-japanische. Herr v. Tschadowski ludete Vorbeeren zu ernten und hoffte hierbei auf die Unterstützung des Panjanzismus, nicht nur auf die seines eigenen Landes, sondern auch des Panjanzismus, wie er von der heutigen Dinarik bis hinunter zu den Weiten des Kaspius wütht und leht. Diesen „Staatsmann“ hat nun das Schicksal ereilt: er ist zum Vorkämpfer in der Linie ernannt! Es ist nicht gerade schmeichelhaft für das Deutsche Reich, einmal den Mann als Vertreter einer Großmacht zu haben, der als Minister nur das eine Ziel im Auge hatte, Deutschland zu schwächen; sondern einen Diplomaten in Berlin zu sehen, dessen Wichtigkeit nicht zu unterschätzen ist. Man muß doch in Petersburg unsere Diplomaten noch niedriger einschätzen, als Herrn v. Tschadowski, der seine Fähigkeiten in so glänzender Weise dokumentiert hat. In der Wilhelmstraße aber kann man zufrieden sein mit dieser Ernennung, bietet sie doch die Möglichkeit letzten Spiels mit den Bolschewitschen, wenn wir nicht auch in dieser Hinsicht, wie schon so oft seit 20 Jahren — wiederum Unglückliches erleben.

**Neue Diebstähle aus staatlichem Eigentum.**

Die Meldungen des „Matin“ aus Cherbourg zufolge beschlagnahmte die Polizei dort einen Wagen, der mit Material angefüllt war, das von Diebstählen aus staatlichem Eigentum herrührte. Der Wheeler der Waren ist ein Altwarenkaufmann, der die Waren an einen Kaufmann in Nizza adressierte. Unter dem gefundenen Material befanden sich u. a. 300 Kilo Selbstpatronen, und zwar von einem Modell, welches bisher noch streng geheim gehalten werden sollte. Der verhaftete Altwarenhändler weigert sich, den Namen des Verkäufers anzugeben. Das Verhör wird fortgesetzt und es ist sehr wahrscheinlich, daß weitere Untersuchungen im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit erfolgen werden.

Man fragt sich, wie es möglich war, daß die entwendeten Patronen so leicht gestohlen werden konnten.

**Kleine Tagesnachrichten.**

Die Simplotuntersuchung Brandt, Brandau u. Cie. in Winterthur hat mit einer Abordnung des schweizerischen Bundesrates wegen des Baues des zweiten Simplotunnels beraten. Sie verlangt für den zweiten Simplotunnel für die verträglich vereinbarte Summe von 19 1/2 Millionen Fr. herabzusetzen, und fordert 10 Millionen Fr. mehr. Der Bundesrat wird demnächst einen endgültigen Bescheid fällen.

**Die Statuen König Eduards.**

Auffsehen erregt in Rom, daß in London neun wertvolle Statuen in den Handel kamen, die den verunkunten Kaiserstatuen in Rom ähnlich sahen. Die Statuen waren von einer englischen Antiquaratsfirma um kolossale Summen an König Eduard verkauft worden. Es hat sich herausgestellt, daß Käufer angeblich im Auftrag des Ministeriums im Versteig arbeiten und allerlei Fälschungen der Statuen entriessen. Es scheint, daß es sich hierbei um nach England geschmuggelte Statuen handelt.

**Japan und die Union im fernem Osten.**

Die der Korrespondent der „Newport World“ in Washington nun angeblich Quelle erfahren haben will, soll Japan der Reichstag Kostschätze zur Weitergabe an das Staatsdepartement übermitteln haben, welche darauf hinzielen, eine Verständigung zwischen Japan und den Vereinigten Staaten zu erreichen, so daß beide Länder zusammen im fernem Osten eine vorhersehende Rolle spielen würden unter Aufrechterhaltung des Prinzips der offenen Tür.

**Zum Petersburger Besuch des Erbprinzen.**

Schöffstills wird aus Petersburg berichtet, daß mit dem Besuche des kaiserlichen Königs in Petersburg keinerlei politische Tendenzen verknüpft sind. Der kaiserliche König wird die Verhandlung mit noch Pause nehmen, daß Russland aufs entschiedenste an der friedlichen Politik am dem Balkan festhält.

**Vermischtes.**

**Auslieferung des Wuchererkönigs Reichert an Oesterreich.**

Bekanntlich wurde am 5. April v. J. der „König der Wiener Wucherer“, der verurteilte, 69 Jahre alte Geldgeber Friedrich Reichert, aus Wien flüchtig. Am 9. Januar d. J. gelang es nun, denselben an der deutsch-französischen Grenze habhaft zu werden. Die Auslieferungsverhandlungen zwischen Oesterreich und Spanien wurden in die Wege geleitet und jetzt hat die spanische Regierung dem Antrag Oesterreichs ihre Zustimmung gegeben. Reichert wird also in Kürze nach Wien gebracht werden, wo man dem kommenden Prozeß mit großer Spannung entgegensteht, weil man hofft, daß er an Sensationen reich sein wird. Reichert hat bekanntlich sehr umfangreiche „geschäftliche“ Beziehungen zu sehr adeligen Geschlechtern der Monarchie unterhalten, die zum großen Teile in der Verhandlung gegen ihn zur Sprache kommen dürften. Aber auch die jetzt kommenden Verhandlungen werden noch kein richtiges Bild der wahren Wuchererschäfte Reicherts geben, denn zahlreiche seiner Klienten haben lieber den teils ungeborenen Verlust aus den Geschäften mit Reichert getragen, als sich bei dem Gericht gemeldet.

**Der Gipfel der Sparsamkeit.**

pr. Bitter unecht würde man der Polizeiverwaltung zu Mülhhausen im Esch tun, wenn man bespaupen wollte, dieselbe wäre nichts, um der Finanznot abzuhelfen. Es wird dort in einer Welle geparkt, die sogar von französischen Blättern, die doch in den Reichsständen so gern nörgeln, wohl und ganz anerkannt wird.

Wenn nämlich in Mülhhausen bei der höheren Polizeiverwaltung die Stahlhebern abgeschrieben sind, so sind sie noch lange nicht dem Untergange geweiht, denn das siehe verschwinden. Man sammelt nämlich diese alten Stahlhebern und gibt sie den Polizeirevierern, die eine heilbare Fertigkeit in der Verwendung alter Hebern an den Tag legen lassen. Leider scheinen aber die höheren Verwaltungsteile die Stahlhebern selbst sehr stark abzunutzen, denn jüngst sandte ein Revierverwalter zur höheren Stelle und bat sich Stahlhebern aus. Der entsandte Boten kam denn auch mit einem

Ausset zurück, in dem sich 54 solcher notwendigen Hebern befanden. Die Leistung des Materials ergab diesmal leider, daß nur noch zwei Hebern eintragbarer Brauchbar waren, die denn auch verteilt wurden.

Wenn das nichts hilft, hilft gar nichts mehr!

In Sarg zum Leben erwacht. In Cadix hat sich ein fieserlicher Fall ereignet. Ein hochjähriges Mädchen hatte die Bestimmung erlassen und der herbeigekommene Arzt erklärte, das Kind sei tot. Das kleine Mädchen wurde eingelagt und der Sarg in die Friedhofskapelle gelegt. Als der Portier des Friedhofs später in die Kapelle kam, gewahrte er, daß der Sarg offen stand und das Kind, das noch atmete, daneben lag. Die Eltern wurden sofort benachrichtigt. Als sie jedoch kamen, war das Kind endgültig tot. Es hatte offenbar in der Nacht den geschlossenen Sarg nach ungeborenen Anstrengungen ausgebrochen und war dann dem Kräfteverlust und der Aufregung erlegen.

Explosion. In dem Orte Anja in Ungarn erfolgte in einem Weinkelser eine Explosion giftiger Gase. 5 Arbeiter wurden dabei tödlich, der Besitzer des Weinkelers schwer verletzt.

Beit in Hospital. Der Hausdiener Matamis in Budapest überfiel in betrunkenem Zustande den Saun des Johannishospitals und drang in das Zimmer ein, wo seine noch nicht getrennt lebende Ehefrau als Krankenpflegerin beschäftigt war. Unter den Kranken entfiel eine Patientin. Matamis schlug auf seine Frau ein und rief ihr ein Ohr ab. Es gelang schließlich einigen Kranken, den Betrunknen zu überwältigen.

Auf dem Niagara. Ein schrecklicher Vorfall ereignete sich bei den Niagarafällen. Arbeiter sahen, daß ein Boot mit zwei Insassen, die aufeinander einfügten, von der Flut gegen die Fülle getrieben wurde. Als das Boot plötzlich mit großer Schnelle den Katarakten zuglitt, riefen die Arbeiter den Insassen zu, wodurch diese auf die Gefahr aufmerksam wurden. Sie legten sich mit voller Kraft in die Ruder, um aus dem gefährlichen Strudel zu entkommen. Aber es war bereits zu spät; eine Minute später wurde das Boot über die Fülle hinweggemorren.

Die Leichen der beiden Insassen konnten noch nicht geborgen werden.

**Beitrag: Wilhelm Georg.**

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den totalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinmann; für Ausland, Letzte Nachrichten und Sport: Erich Boldow; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Inseratenteil: Friedrich Endruat; Druck u. Verlag von Otto Hendel, Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten —

**Es kitzelt den Ehrgeiz der Hausfrau, wenn man ihre inneren, tabellösen Gardinen, Lohr und des wüchert. Diese stolze Genugthuung hat jede Hausfrau, die mit Lohr wüchert, u. sie verdient gelobt zu werden. Es gibt auch wohl kaum eine bessere Seite wie Lohr, denn Lohr werden nicht allfänglich nachgewertet, weil sie 20 Millionen Markte davon durch solche Hausfrauen verdienen. Diese werden schon wissen, warum sie gerade mit Lohr wüchert!**

**Conrad Tack & Cie.**

Schuhwarenfabrik in Burg bei Magdeburg.

Verkaufshaus Halle: nur Schmeerstr. 1. Fernspr. Nr. 240.

**Preiswerte Oster-Schuhwaren:**



- Herren-Stiefel, 4 50**  
anerkannt gute Qualitäten - Strapazierstiefel 8,50, 7,50, 6,50, 5,50.
- Herren-Stiefel, 7 50**  
Ia. Qualitäten, mit und ohne Lackkappen, in modernen schlanken u. breiten Façons 19,50, 18,50, 8,50
- braune Herren-Stiefel 7 50**  
in neuesten Modifarben 16,50, 14,50, 12,50, 10,90, 9,50
- „Original Goodyear Welt“ Herren-Stiefel 12 50**  
in denkbar grösster Formenauswahl 16,50, 14,50

- Braune Damen-Stiefel 5 30**  
— aparte Modifarben — ohne Formen 14,50, 12,50, 10,50, 8,50, 7,50.
- Damen-Stiefel 6 50**  
— schwarz — mit und ohne Lackkappen, in eleganter Aufmachung 10,50, 9,20, 8,50, 7,50.
- „Original Goodyear Welt“ Damen-Stiefel, 12 50**  
schwarz und braun, aparte Frühjahrs-Neuheiten 16,50, 14,50.
- Knaben-, Mädchen- und Kinderstiefel**  
— braun und schwarz — in eleganten, naturgemässen Passformen.



**Grösste Leistungsfähigkeit durch direkten Verkauf.**

**Reichhaltigste Auswahl am Platze. Unerreicht billige Preislagen.**

**Condor-Patent-Schnürstiefel** ohne zu schnüren — D. R. P. 174200 — **10 50 13 50 16 50**  
Praktisch, bequem und vornehm

